

Montag, den 14. Dezember 2015 um 22:49 Uhr - Aktualisiert Donnerstag, den 04. August 2016 um 21:06 Uhr

[illegible]

1 / 7

EnPL – zahlt wieder der Mittelstand die Zeche?

Geschrieben von: joerg paeller

Montag, den 14. Dezember 2015 um 22:49 Uhr - Aktualisiert Donnerstag, den 04. August 2016 um 21:06 Uhr

Möglich wurde die Rekommunalisierung dadurch, daß die Konzessionsverträge der Kommunen für die Durchleitung alle 20 Jahre neu vergeben werden.

Dieses kommunale Engagement für die Leitungen fällt in eine Zeit, in der sich die Großkonzerne gerne von diesen Bereichen [Stromnetze](#) und [Gasnetze](#) trennen möchten, da sie zukünftig defizitäre Erwartungen haben.

Ich möchte hier eine Kosten-Nutzen-Analyse versuchen. Auch um dem schnell aufkeimenden Verdacht zu bestätigen, hier würden sich die Kommunen willig einspannen lassen und der Bürger eine Risikoübernahme der defizitären Sparten der Großkonzerne leisten.

Ich befürchte (genauso, wie in der Abwasser-Übertragung die [Gemeinderats-Abgeordneten erst knapp 10 Tage vor Entscheid informiert](#) wurden), daß hier die kommunalen Abgeordneten erneut informationstechnisch überfahren wurden, und somit einstimmig für die [Verwaltungsvorlage](#) stimmten. Ich hoffe bei einem Großteil der Ilseder Abgeordneten, die dieses als Feierabend-Tätigkeit ausüben, daß sie sich der Tragweite ihrer Entscheidung kaum bewußt waren.

Die AUSGANGS-LAGE

Die Gemeinde vergab bisher Konzessionen, daß die Strom-/Gasnetz-Betreiber den Strom/Gas über das Gemeindegebiet leiten durften. Dieses machte für Lahstedt ca 250.000€/a aus, für Ilsede bestimmt ähnlich. Diese Konzession ist vor kurzem neu ausgeschrieben worden.

EnPL – zahlt wieder der Mittelstand die Zeche?

Geschrieben von: joerg paeller

Montag, den 14. Dezember 2015 um 22:49 Uhr - Aktualisiert Donnerstag, den 04. August 2016 um 21:06 Uhr

Da in der Vergangenheit die 4 großen Stromriesen starke Gewinne mit dem Stromnetz und der Stromerzeugung machten, kam bei einigen Politikern die Gier hoch, als Gemeinde daran zu partizipieren. Stromeinnahmen sind keine Steuern, die mit Peine, Hannover und Berlin geteilt werden müssen, und kommen so unserem lokalen Haushalt direkt zugute. Eigentlich eine tolle Idee.

Zusätzlich ist die Infrastruktur wieder in Gemeindehand, und es bestehen Mitsprachemöglichkeiten, z.B. ökologische oder soziale Ansätze vor ökonomischen zu verwirklichen.

Es wurde die [EnPL](#) gegründet mit 50.000€ Startkapital. Dann machten sich einige Gemeindeherren auf, die Konzessionen so zu vergeben.

Einzelkriterienbewertung: Nebenangebote 2, Los I

Kriterium	Bewertung E.ON	Bewertung Bietergemeinschaft
Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	420,18 Punkte	380,98 Punkte
Beschaffenheit der Leistungserbringung	356,85 Punkte	376,03 Punkte
Risikoverteilung und Einflussnahmemöglichkeiten	532,64 Punkte	528,27 Punkte
Bonuspunkte	51,00 Punkte	100,00 Punkte
Gesamtergebnis:	1.360,67 Punkte	1.385,28 Punkte

In dem Verfahren stinkt tatsächlich gar nichts. Da es neben eon.avacon kaum weitere Bieter gab, die Gemeinde aber nicht an sich selber die Konzessionen vergeben kann, mußte eine Bietergemeinschaft aus den EnPL-Teilhabern Stadtwerke.PE und evi.Hildesheim herhalten, die den Zuschlag bekamen. Obwohl avacon bei Betriebskosten, Risikoverteilung und Einflußnahmemöglichkeiten ja [günstiger](#) erschien. Dieses war möglich durch eine spezielle Bonuspunkte Vergabe. Ein Schelm, wer böses dabei denkt.

Die EnPL vergab im Auftrag der Gemeinden die Konzessionen sozusagen an die Anteilseigner der EnPL, die diese an die Gemeindewerke PeinerLand zu übertragen haben. Da Peine ja nun doch nicht mit Hildesheim fusionierte, ist meines Erachtens auch ein Ausscheiden der Hildesheimer evi nicht ausgeschlossen.

EnPL – zahlt wieder der Mittelstand die Zeche?

Geschrieben von: joerg paeller

Montag, den 14. Dezember 2015 um 22:49 Uhr - Aktualisiert Donnerstag, den 04. August 2016 um 21:06 Uhr

Da jedoch die Netzinfrastruktur damals an avacon übereignet wurde, statt Verpachtung, mußte diese nun zurückgekauft oder halt gepachtet werden.

Maßgabe der Verwaltung war hier: [koste es, was es wolle](#) . Auch überhöhte Preise von avacon für diese Netze ließ sich die Kommune absichern.

KEINE KONSORTIUMSVEREINBARUNG GESCHLOSSEN.
Die Bietergemeinschaft erhält den Zuschlag für die Konzessionsverträge und überträgt diese auf die GWP, sobald diese gegründet ist und die Genehmigung für den Netzbetrieb gemäß § 4 ErnlG erhalten hat.
Die GWP erwirbt das Eigentum an den Energieversorgungsnetzen zu Bedingungen, die von der GWP mit der E.ON als abgebender Netzeigentümerin und -betreiberin noch zu verhandeln sind. Die GWP ist von den Gesellschaftern entsprechend ihrer Beteiligung mit Eigenkapital auszustatten. **Das überhöhte Eigenkapital der Bietergemeinschaft ist als Kapitalmarkt aufzufassen.** Der von der Bietergemeinschaft angebotene Konsortialvertrag sieht vor, dass die Parteien den objektiven Ertragswert, welcher wesentlich vom kalkulatorischen Restwert geprägt wird, als den angemessenen Kaufpreis für die Netze ansehen. Im Konsortialvertrag wird weiter ausgeführt, **dass die E.ON als abgebende Netzbetreiberin wahrscheinlich einen höheren Kaufpreis fordern wird.** Durch den Konsortialvertrag erklären sich beide Vertragsparteien grundsätzlich bereit, **zum Zwecke des zeitlichen Eigentumsverfalls auch einen höheren Kaufpreis zu zahlen.** Hinsichtlich jedoch der von der Bietergemeinschaft ermittelte Sachzeitwert gezahlt werden. Jede Partei ist ohne Zustimmung des anderen Vertragspartners berechtigt, sämtliche Kaufpreisverhandlungen und -zahlungen unter den Vorbehalt einer gerichtlichen Nachprüfung und Rückforderung zu stellen. Die Bietergemeinschaft erklärt sich bereit, **das erforderliche Kapital zur Finanzierung eines etwaigen überhöhten Kaufpreises** zu einem gewissen Anteil und nach Maßgabe näherer Regelungen im Konsortialvertrag **zur Verfügung zu stellen.** Den insoweit ggf. (vor-) finanzierten Betrag erhält die Bietergemeinschaft zurück, wenn ein Gericht feststellt, dass der Kaufpreis überhöht war und zurückzuzahlen ist bzw. wenn die Bietergemeinschaft aus der GWP ausscheidet.
Der EnPL wird eine Garantieverzinsung i. H. v. 5 % auf das von ihr eingebrachte Eigenkapital gewährt, solange sich der EnPL nicht mehr als 74 % an der gemeinsamen Einlage & Fv. kWh hat/überträgt. Verantwortlichkeit des

AUFWAND

Von Seiten der Kommune sind kaum aussagefähige Zahlen, Ertrags-Prognosen oder Aufwand-Nutzen-Rechnungen zu bekommen.

So ist nach der Ratsvorlage vermutbar, daß die Netze für 2,34Mio€ zu erhalten seien. Dieses ist irrig! Die Einlage von 2,34Mio€ erweitert die bereits bestehende Einlage der Gemeinden Lahstedt ([LAH 1,009960Mio€](#)) und Ilsede (bestimmt ähnlich 1Mio€).

Für die in der [PAZ beschriebenen 11 Mio](#) der einzelnen Gemeinden sind nicht die Kosten für das Gasnetz gemeint, sondern die Erhöhung des 25%-Anteiles auf 50% Anteil. Auch muß dann für das Wendeburger Gasnetz in 2019 wohl noch nachgelegt werden. Wenn die 11Mio€ jedoch

EnPL – zahlt wieder der Mittelstand die Zeche?

Geschrieben von: joerg paeller

Montag, den 14. Dezember 2015 um 22:49 Uhr - Aktualisiert Donnerstag, den 04. August 2016 um 21:06 Uhr

nur einen 25%-Anteil darstellen, dann sind die 100%-Anteile eher bei 44Mio€ zu vermuten. Da jedoch bereits eine 60-zu-40 % [Finanzierung](#) angesagt wurde, kommen ca. 66Mio€ an Krediten obendrauf, dann liegen die vom Bürger zu erwirtschaftenden Ausgaben also eher im 100Mio€-Bereich.

Dieses ist aber auch realistisch, so lagen die Netz-Kosten in [Dresden bei 800Mio€](#) , in Bielefeld bei 186Mio€ und fürs [Peiner Land wurden ja auch 40-80Mio€](#) geschätzt.

Auch die Kosten von 1000Mio€ für das [Berliner Netz scheinen sich laut dem lesenswerten Welt.de-Artikel](#) nicht zu lohnen.

Und jeder, der allerdings einmal ein Haus gebaut hat, der weiß, daß die Finanzierungskosten die Baukosten weit übersteigen. Für ein Haus von 250.000€ können mit Finanzierung so gut 600.000€ über die Zeit aufbringbar sein. Realistisch halte ich daher bei Fremdfinanzierung zu den vermuteten 100 Mio€ Kosten der Netze noch weitere 50Mio€ Kosten an Zinsen, bzw. 50 Mio€ gut besicherte Zinsgewinne für die Sparkassen obendrauf für denkbar.

100-150 Mio€ sind jedoch ein gewaltig großes Rad, wenn man bedenkt, daß Ilsede und Lahstedt durch die Fusion lediglich 12 Mio€ an Land und Gemeinden umschulden konnten. Na gut, relativ, auf 70.000 Einwohner umgelegt sind das nur 2142€/Nase zuzüglich der Gewinne, die durch die Strom- und Gasgebühren zusätzlich erwirtschaftet werden müssen.

Für diese vermuteten 150Mio€ Aufwand erhalten wir aber wohl nicht die kompletten Netze, sondern wohl nur das Gasnetz (ohne Wendeburg) sowie einen 51% Anteil an der gemeinsamen Gesellschaft mit avacon, die dann wohl [nur Ebene 7](#) hält, den Niederspannungsteil des Stromnetzes. Hierum ging es jedenfalls in dem

[Prozeß](#)

, den die

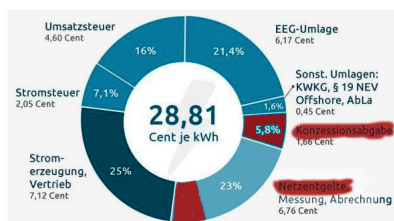
[G](#)

[emeinden gegen avacon](#)

bereits führten, ob das Mittelspannungsnetz zu übereignen sei.

ERTRAG

Der Strompreis setzt sich aus diversen Elementen zusammen.



Da die Kommune keine eigenen Erzeuger hat, kann sie nur an den Netzen verdienen. Die Konzessionsabgabe zahlt der Bürger also wieder an sich selber. Für Lahstedt waren das bisher ca 250.000€/a. Unklar (*für mich*) ist, ob diese Konzessionseinnahme an eine der Gesellschaften übergeht, oder weiterhin bei den Gemeinden direkt ankommt.

Nun, da wir Eigner der Netze sind, können wir jedoch auch durch die Netzentgelte verdienen, dem 23%-Bereich der obigen Statistik. Da ein Großteil jedoch für Unterhalt und Betrieb drauf geht, kommen so 5-6% für die Netz-Nutzung zusammen. Verglichen mit der Konzessionsabgabe werden das fürs ehemalige Lahstedt ebenfalls 250.000€ sein, somit erwartbare 500.000€ für Ilsede, bzw. mal angesetzte 2Mio€ für das gesamte PeinerLand.

Montag, den 14. Dezember 2015 um 22:49 Uhr - Aktualisiert Donnerstag, den 04. August 2016 um 21:06 Uhr

